

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern in Brandenburg sicherstellen

Der Landtag möge beschließen:

Die berufliche Bildung ist für unsere Jugendlichen die Grundlage, berufliche Perspektiven zu entwickeln und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Gleichzeitig ist sie eine wesentliche Säule der Fachkräftegewinnung im Land Brandenburg. An 25 Oberstufenzentren des Landes werden rund 40.000 Schülerinnen und Schüler und Auszubildende in fünf verschiedenen Schulformen zu ihren Abschlüssen geführt.

Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer (BSL) bilden den dringend benötigten Nachwuchs für Industrie, Handwerk und Handel sowie in den Landwirtschafts- und Gesundheitsberufen aus. Doch das Land Brandenburg besitzt - bis auf ein Ausbildungsangebot im Vorbereitungsdienst - keinen eigenen universitären BSL-Ausbildungsgang. Das kann bzw. wird bei der derzeit extremen Konkurrenzsituation zwischen den Bundesländern im Bereich der Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer dazu führen, dass sich der prognostizierte Mangel an Fachkräften verschärft. Zwar wurde dieses Problem im aktuellen Koalitionsvertrag von SPD, CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN angesprochen, eine Lösung steht aber noch aus.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, in enger Abstimmung zwischen dem MBSJ und dem MWFK sowie unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure bis zum 4. Quartal 2020

1. ein Konzept zur Einrichtung eines Studiengangs für ein Lehramt an beruflichen Schulen vorzulegen, insbesondere soll bis dahin die Prüfung des Standortes bzw. einer möglichen Kooperation mit der Universität Potsdam abgeschlossen sein,
2. zu prüfen, inwieweit bestehende Konzepte zur Einbeziehung adäquater Fach-Bachelor-Studiengänge in der universitären BSL-Ausbildung genutzt werden können,
3. zu prüfen, ob der einzurichtende Studiengang mit dem Vorbereitungsdienst des Landes Brandenburg verzahnt werden kann, um eine enge Bindung an und die Übernahmemöglichkeit in den Schuldienst zu schaffen,
4. die Studiengänge zur BSL-Ausbildung möglichst bis zum Wintersemester 22/23 einzurichten und das neue Studienangebot entsprechend zu bewerben,

5. zu prüfen, wie zusätzlich ein berufsbegleitender Studiengang für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger angeboten werden kann, um die weiterhin benötigten Lehrkräfte im beruflichen Bereich zu qualifizieren,
6. ein zweites Studienseminar mit einem Ausbildungsangebot für berufliche Schulen im Norden des Landes Brandenburg einzurichten,
7. ein Maßnahmenpaket zu entwickeln, dass berufliche Anreize für Lehrkräfte an Oberstufenzentren schafft, zum Beispiel Zulagen, Anrechnungsstunden für Mentorinnen und Mentoren sowie Unterstützungssysteme für die Aus- und Weiterbildung.

Begründung:

Brandenburg hat verschiedene Hochschulstandorte für die Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern zur Wahl. Diese müssen ausführlich geprüft werden, um den geeigneten Standort zu finden. Hierbei sollten alle relevanten Interessengruppen eingebunden werden.

Brandenburg benötigt relativ zeitnah den Nachwuchs an Berufsschullehrkräften. Daher sollen solche Konzepte geprüft werden, die unter Wahrung einer hohen Qualität eine zeitliche Verkürzung der Ausbildung gewährleisten. Hierbei könnten Konzepte favorisiert werden, die auf einen Bachelor-Abschluss in den relevanten Erstfächern aufbauen und dann erst die pädagogischen, lehramtsbezogenen Masterstudiengänge folgen lassen. Als Orientierung können hier das Konzept der TU München und die duale Masterausbildung in Schleswig-Holstein herangezogen werden.

Ein entscheidendes Ziel muss darin bestehen, eine langfristige Bindung der Absolventinnen und Absolventen an das Land Brandenburg zu sichern. Da die Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern in direkter Konkurrenz zur Wirtschaft und anderen Bundesländern steht, die sich auf eine lange Ausbildungstradition berufen können, sollte das Konzept eine hohe Attraktivität aufweisen. Die Berufsschullehrkräfte würden ein Jahr nach der Übernahme in den Masterstudiengang (in Kombination und Zusammenarbeit mit dem beruflichen Studienseminar, der gewählten Hochschule und den betreuenden OSZ) in den Vorbereitungsdienst des Landes übernommen. Diese Regelung könnte an besondere Abschlussdurchschnitte oder einen Unterrichtseinsatz in Regionen mit besonderen Bedarfen gebunden werden. Damit ist eine steuernde Reaktion auf die Nachfrage nach diesen Lehrkräften möglich.

Zu bedenken wäre, inwieweit ein Studienangebot ab dem Bachelor für Abiturientinnen und Abiturienten sinnvoll erscheint, da Berufserfahrung vorliegen muss. Zeitlich sollte die Umsetzung aber noch in diese Legislaturperiode fallen, denn der Bedarf ist groß. Werbende Maßnahmen, um geeignete Bewerberinnen und Bewerber für ein Studium zu finden, müssen übliche Praxis sein.

Unabhängig von der regulären BSL-Ausbildung sollten auch Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger fachlich qualifiziert werden. Das WiB e.V. befindet sich unter dem Dach der Universität Potsdam. Es könnte einen solchen beruflichen Bildungsgang mit seiner Erfahrung, den Kontakten zu den Oberstufenzentren und einer entsprechenden Finanzierung leisten.

Mit Blick auf die Attraktivität des Studiums und eine bessere Erreichbarkeit des Studienortes, ist es unabdingbar, ein zweites berufliches Studienseminar nördlich von Berlin einzurichten. Organisatorisch kann es eigenständig sein oder als Filiale an einem der bestehenden Studienseminare (Potsdam, Bernau oder Cottbus) angebunden werden.

Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer benötigen attraktive berufliche Perspektiven und Anreize. Dazu sollte ein Maßnahmenpaket aufgelegt werden, das verschiedene Komponenten beinhaltet. Es muss geprüft werden, welche Maßnahmen zur Anwendung gebracht werden sollen: Zulagen, Anrechnungsstunden sowie die Unterstützung von beruflicher Aus- und Weiterbildung.